

1972	Ausgegeben zu Bonn am 28. Januar 1972	Nr. 4
------	---------------------------------------	-------

Tag	Inhalt	Seite
20. 1. 72	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 6/72 — Gemeinschaftszollkontingente 1972 für Rohblei und Rohzink) .....	33
25. 1. 72	Zweite Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 .....	34
17. 12. 71	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Niederlassungsabkommens	38
10. 1. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erklärung des Ehemillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen .....	40

**Verordnung  
zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs  
(Nr. 6/72 — Gemeinschaftszollkontingente 1972 für Rohblei und Rohzink)**

Vom 20. Januar 1972

Auf Grund des § 77 Abs. 8 Nr. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 529), geändert durch das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 8. März 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 165), wird verordnet:

§ 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung wird der Anhang Zollkontingente/1 mit Wirkung vom 1. Januar 1972 nach Maßgabe der Anlage ergänzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 1972 außer Kraft.

Bonn, den 20. Januar 1972

**Der Bundesminister  
für Wirtschaft und Finanzen  
In Vertretung  
Dr. Emde**

**Anlage  
(zu § 1)**

Tarifstelle	Warenbezeichnung	Zollsatz	
		allgemein	ermäßigt
1	2	3	4
aus 78.01 A II	Rohblei, raffiniert, mit einem Gehalt an Blei von 99,99 Gewichtshundertteilen oder mehr, und Kabelbleilegierungen, im Rahmen eines Gemeinschaftszollkontingents		
aus 79.01 A	Rohzink mit einem Gehalt an Zink von 99,995 Gewichtshundertteilen oder mehr (Feinstzink), im Rahmen eines Gemeinschaftszollkontingents		

**Zweite Durchführungsverordnung  
zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971**

Vom 25. Januar 1972

Auf Grund der Artikel 2 und 3 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 vom 25. August 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 1057) wird verordnet:

§ 1

Schiffe, die in einem in der Bundesrepublik Deutschland geführten Schiffs- oder Fischereiregister registriert sind und in einem der in § 1 der Ersten Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 vom 26. August 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 1065) bezeichneten Gebiet außerhalb der Hoheitsgewässer und Fischereizonen zum Fang oder zur Bearbeitung von Seefischen eingesetzt sind, unterliegen der Kontrolle nach Maßgabe der §§ 2 und 3.

§ 2

(1) Die Kontrolle wird in den in § 1 der Ersten Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 bezeichneten Gebieten NO 1 bis NO 3 durch Kontrollbeamte der Fischereiaufsichtsdienste der in der Anlage 1 zu dieser Verordnung unter Buchstabe a, in den Gebieten NW 1 bis NW 5 durch Kontrollbeamte der Fischereiaufsichtsdienste der in der Anlage 1 unter Buchstabe b bezeichneten Staaten durchgeführt. Fahrzeuge, die Kontrollbeamte an Bord haben, führen in den Gebieten NO 1 bis NO 3 die in der Anlage 2 zu dieser Verordnung unter Buchstabe a, in den Gebieten NW 1 bis NW 5 die in der Anlage 2 unter Buchstabe b bezeichnete Flagge. Beim Betreten eines Schiffes zeigt ein Kontrollbeamter in den Gebieten NO 1 bis NO 3 den in der Anlage 3 zu dieser Verordnung unter Buchstabe a, in den Gebieten NW 1 bis NW 5 den in der Anlage 3 unter Buchstabe b bezeichneten Ausweis vor.

(2) Der Führer eines in § 1 genannten Schiffes hat anzuhalten, wenn ihm von einem Kontrollfahrzeug das entsprechende Signal des Internationalen Signalfahnenbuchs gegeben wird. Werden gerade Netze ausgebracht, wird gefischt oder werden Netze eingeholt, hat der Schiffsführer das Schiff sofort nach Einholung der Netze anzuhalten. Der Schiffsführer hat dem Kontrollbeamten und einem ihn etwa begleitenden Zeugen zu ermöglichen, an Bord zu gehen.

(3) Der Schiffsführer hat dem Kontrollbeamten die Kontrolle der Einhaltung der auf Grund des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 erlassenen Vorschriften zu ermöglichen. Er hat insbesondere die Kontrolle des Fangs, der Netze, sonstiger Fanggeräte und -vorrichtungen sowie der einschlägigen Papiere nach Maßgabe der Absätze 4 bis 7 zu dulden.

(4) Der Kontrollbeamte ist berechtigt, den gesamten Fang zu untersuchen und zu messen. Kontrollbeamte Rumäniens und der Sowjetunion sind zur

Untersuchung des Fangs nicht befugt. Kontrollbeamte Schwedens sind zur Untersuchung des Fangs, der sich unter Deck befindet, nicht befugt.

(5) Der Kontrollbeamte ist berechtigt, alle Fanggeräte und -vorrichtungen, in den Gebieten NO 1 bis NO 3 jedoch mit Ausnahme der Netze, die trocken und unter Deck verstaut sind, zu untersuchen und zu messen. Kontrollbeamte Rumäniens, Schwedens und der Sowjetunion sind zur Untersuchung von Fanggeräten, die sich unter Deck befinden, in keinem Falle befugt.

(6) Die Maschenmessung wird gemäß § 4 der Ersten Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 durchgeführt. In den Gebieten NW 1 bis NW 5 kann an Stelle des in § 4 Abs. 1 der Ersten Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 genannten Maßes ein flaches keilförmiges Maß von 2,3 mm Dicke verwendet werden, das keinen Abschnitt mit parallel laufenden Seiten hat; ein solches Maß wird unter einem Druck oder Zug von 5 kg in die Maschen eingeführt.

(7) Der Kontrollbeamte ist berechtigt, an Netzen, die nach seiner Feststellung entgegen den in Absatz 3 Satz 1 genannten Vorschriften benutzt worden sind, eine Kontrollmarke und einen Anhänger anzubringen und sie so zu fotografieren, daß Kontrollmarke und Anhänger sowie die Abmessungen der Netze sichtbar sind.

(8) Für die Kontrolle kann der Kontrollbeamte von dem Schiffsführer jede Erklärung und sonst von ihm benötigte Unterstützung verlangen.

(9) Kontrollen sind so durchzuführen, daß das Schiff möglichst wenig behindert wird. Der Kontrollbeamte hat seine Untersuchungen auf die Feststellung von Tatsachen und darauf zu beschränken, ob die in Absatz 3 Satz 1 genannten Vorschriften eingehalten worden sind.

(10) Der Schiffsführer ist berechtigt, dem von dem Kontrollbeamten gefertigten und von diesem unterschriebenen Bericht Bemerkungen hinzuzufügen oder hinzuzufügen zu lassen, die er unterschreibt. Der Schiffsführer erhält eine Ausfertigung des Berichts.

§ 3

(1) Für die Kontrolle durch deutsche Kontrollbeamte gelten die Vorschriften der §§ 1 und 2 Abs. 2 bis 9.

(2) Abweichend von § 2 Abs. 5 ist die Kontrolle aller Netze, die sich an Bord befinden, zulässig.

(3) Der Schiffsführer hat auf Verlangen auch zu erklären, welche Gewässer er zum Fang aufzusuchen

beabsichtigt oder aufgesucht hat und auf welche Art von Fischen sich der Fang erstrecken soll oder erstreckt hat.

§ 4

Die Kontrolle durch deutsche Kontrollbeamte ist auch innerhalb der Hoheitsgewässer der Bundesrepublik Deutschland zulässig; §§ 1 und 2 Abs. 2 bis 9, § 3 finden mit der Maßgabe Anwendung, daß die Kontrollen durch die zuständige Landesbehörde durchgeführt werden.

§ 5

(1) Ordnungswidrig im Sinne des Artikels 6 Abs. 1 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Abs. 2 sein Schiff auf das entsprechende Signal nicht anhält oder einem Kontrollbeamten oder Zeugen nicht ermöglicht, an Bord zu gehen,
2. entgegen § 2 Abs. 3 bis 7 einem Kontrollbeamten nicht ermöglicht,
  - a) einen Fang, ein Netz, ein sonstiges Fanggerät, eine sonstige Fangvorrichtung oder die einschlägigen Papiere zu kontrollieren,

b) an einem Netz eine Kontrollmarke oder einen Anhänger anzubringen oder ein so gekennzeichnetes Netz zu fotografieren oder

3. entgegen § 2 Abs. 8 einem Kontrollbeamten eine Erklärung oder sonst verlangte Unterstützung nicht gibt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des Artikels 6 Abs. 1 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer Vorschrift des § 3 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 2 Abs. 2 bis 8 zuwiderhandelt,
2. entgegen § 3 Abs. 3 einem Kontrollbeamten Ort oder Art eines Fangs nicht, nicht richtig oder unvollständig mitteilt oder
3. einer Vorschrift des § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 bis 3, § 2 Abs. 2 bis 8 zuwiderhandelt.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 7 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1972 in Kraft.

Bonn, den 25. Januar 1972

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
In Vertretung  
Dr. Griesau

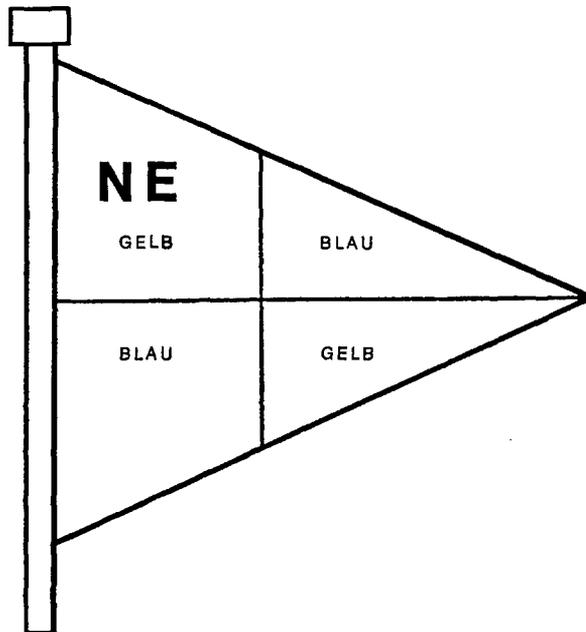
Anlage 1

- a)
  - Belgien
  - Dänemark
  - Frankreich
  - Island
  - Niederlande
  - Norwegen
  - Portugal
  - Schweden
  - Sowjetunion
  - Spanien
  - Vereinigtes Königreich

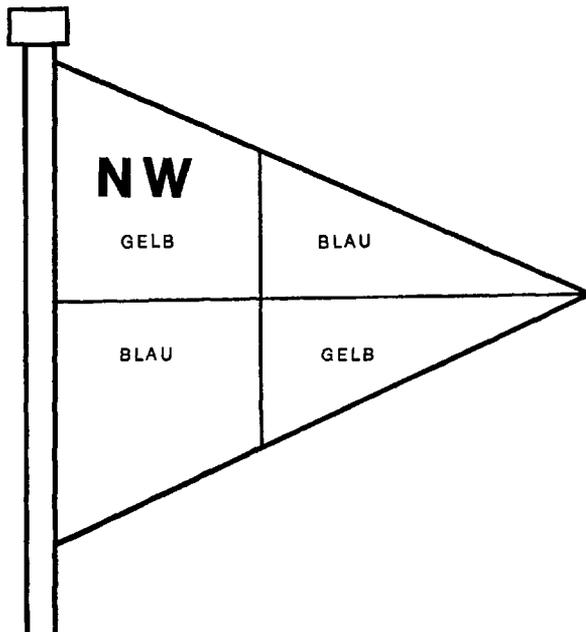
- b)
  - Dänemark
  - Frankreich
  - Island
  - Japan
  - Norwegen
  - Portugal
  - Rumänien
  - Sowjetunion
  - Spanien
  - Vereinigtes Königreich
  - Vereinigte Staaten

Anlage 2

a)

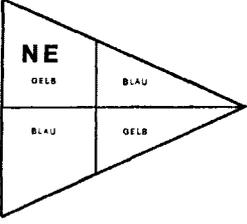
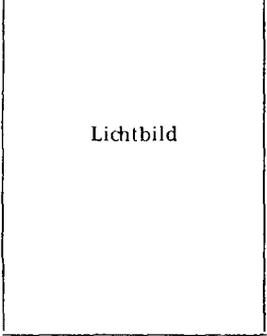


b)

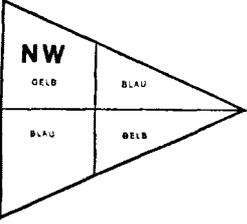
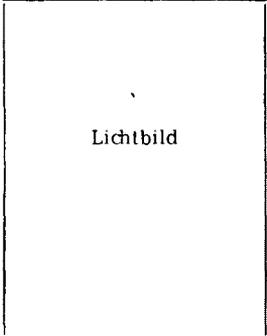


Anlage 3

a)

    Issued by  (Stempel des ausstellenden Landes)	<p style="text-align: center;"><b>NORTH-EAST ATLANTIC FISHERIES COMMISSION</b></p> <p style="text-align: center;">The bearer of this document</p> <p>_____</p> <p style="text-align: center;">(Name in Blockschrift)</p> <p>is an inspector duly appointed under the terms of the Scheme of Joint Enforcement of the North-East Atlantic Fisheries Commission, and has authority to act under the arrangements approved by the Commission.</p> <p>_____</p> <p style="text-align: center;">(Name in Druckschrift)</p> <p>_____</p> <p style="text-align: center;">(Name des ausstellenden Landes)</p>
---	---

b)

    Issued by  (Stempel des ausstellenden Landes)	<p style="text-align: center;"><b>INTERNATIONAL COMMISSION FOR THE NORTHWEST ATLANTIC FISHERIES</b></p> <p style="text-align: center;">The bearer of this document</p> <p>_____</p> <p style="text-align: center;">(Name in Blockschrift)</p> <p>is an inspector duly appointed under the terms of the Scheme of Joint International Enforcement for the International Commission for the Northwest Atlantic Fisheries, and has authority to act under the arrangements approved by the Commission.</p> <p>Issued by</p> <p>_____</p> <p style="text-align: center;">(Name in Druckschrift)</p> <p>_____</p> <p style="text-align: center;">(Name des ausstellenden Landes)</p>
---	---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Europäischen Niederlassungsabkommens**

**Vom 17. Dezember 1971**

Das Europäische Niederlassungsabkommen vom 13. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 997) ist auf Grund einer von der schwedischen Regierung bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 24. Juni 1971 abgegebenen Erklärung für

Schweden am 1. Juli 1971  
in Kraft getreten.

Ferner hat die schwedische Regierung bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde erklärt:

(Übersetzung)

<p>(a)</p> <p style="text-align: center;"><b>Article 3</b></p> <p>Aux termes du sous-alinéa 4 du 1<sup>er</sup> alinéa de l'article 29 de la loi sur les étrangers (1954: 193) l'étranger peut être expulsé de Suède s'il a au cours des cinq dernières années été condamné hors de Suède par jugement ayant acquis force de chose jugée à une peine privative de liberté pour une infraction entraînant l'expulsion conformément aux dispositions de la loi suédoise, ou s'il a purgé une peine pour une infraction de l'espèce et qu'en raison de la nature de l'acte délictueux et d'autres circonstances il est à craindre qu'il poursuive ses activités délictueuses en Suède.</p>	<p>(a)</p> <p style="text-align: center;"><b>Article 3</b></p> <p>Under Section 29 (1), paragraph 4, of the Aliens Act (1954: 193) an alien may be expelled from Sweden if, during the preceding five years, he has been sentenced outside Sweden to imprisonment for an offence leading to expulsion under Swedish law, or if he has served a sentence for a similar offence, and, because of the nature of the criminal act and other circumstances, it is to be feared that he may resume his unlawful activities in Sweden.</p>	<p>(a)</p> <p style="text-align: center;"><b>Artikel 3</b></p> <p>Nach Artikel 29 Absatz 1 Nummer 4 des Ausländergesetzes (1954: 193) kann ein Ausländer aus Schweden ausgewiesen werden, wenn er während der voraufgehenden fünf Jahre außerhalb Schwedens aufgrund einer strafbaren Handlung, die nach schwedischem Recht eine Ausweisung zur Folge hat, rechtskräftig zu einer Haftstrafe verurteilt worden ist oder wenn er wegen einer ähnlichen strafbaren Handlung eine Strafe verbüßt hat und aufgrund der Art der Straftat und sonstiger Umstände zu befürchten steht, daß er seine strafbaren Handlungen in Schweden fortsetzt.</p>
<p>(b)</p> <p style="text-align: center;"><b>Article 11</b></p> <p>Aux termes de l'article 16 de la loi sur les étrangers (1954: 193) et aux termes de l'article 11 de la loi sur le droit qu'ont l'étranger et l'entreprise étrangère d'exercer une activité lucrative dans le royaume (1968: 555), tout permis de travail et toute autorisation d'exercer une telle activité délivrés pour une période déterminée peuvent être retirés s'il y a lieu pour des raisons particulières.</p>	<p>(b)</p> <p style="text-align: center;"><b>Article 11</b></p> <p>Under Section 16 of the Aliens Act (1954: 193) and Section 11 of the Act governing the Right of Aliens or Foreign Firms to engage in a Gainful Occupation in the Kingdom (1968: 555), any work permit and any authorisation to engage in such occupation issued for a specified period may be withdrawn if necessary for particular reasons.</p>	<p>(b)</p> <p style="text-align: center;"><b>Artikel 11</b></p> <p>Nach Artikel 16 des Ausländergesetzes (1954: 193) und nach Artikel 11 des Gesetzes über das Recht von Ausländern und ausländischen Firmen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Königreich (1968: 555) kann eine für eine bestimmte Zeit erteilte Arbeitserlaubnis oder Genehmigung zur Ausübung einer derartigen Tätigkeit erforderlichenfalls aus besonderen Gründen zurückgezogen werden.</p>
<p>(c)</p> <p style="text-align: center;"><b>Article 12</b></p> <p>Les conditions mentionnées aux alinéas 1 (a) et (b) ne sont pas reconnues par la Suède.</p>	<p>(c)</p> <p style="text-align: center;"><b>Article 12</b></p> <p>Sweden does not recognise the conditions referred to in paragraph 1 (a) and (b).</p>	<p>(c)</p> <p style="text-align: center;"><b>Artikel 12</b></p> <p>Die in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Bedingungen werden von Schweden nicht anerkannt.</p>

(d)

**Article 23**

Aux termes de l'article 1<sup>er</sup> de la loi prévoyant en certains cas l'acquisition à titre onéreux du droit à une mine (1949: 658), le Roi en conseil peut, s'il est spécialement motivé d'assurer l'influence suédoise sur une entreprise minière, ordonner que la mine soit cédée en tout ou en partie, contre remboursement, à la Couronne ou à quiconque sera désigné par le Roi en conseil.

(d)

**Article 23**

Under Section 1 of the Act providing in certain cases for the Purchase of a Mining Concession (1949: 658), the King in Council may, if there are special reasons for assuring Swedish influence over a mining enterprise, order that all or part of the mine be ceded, against reimbursement, to the Crown or any other person or body designated by the King in Council.

(d)

**Artikel 23**

Nach Artikel 1 des Gesetzes über den entgeltlichen Erwerb des Rechts an einem Bergwerk in bestimmten Fällen (1949: 658) kann der König im Staatsrat bei Vorliegen besonderer Gründe für die Gewährleistung des schwedischen Einflusses in einem Bergbauunternehmen anordnen, daß das gesamte Bergwerk oder ein Teil desselben gegen Entschädigung an die Krone oder an eine vom König im Staatsrat bezeichnete Person oder Körperschaft abgetreten wird.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Juli 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 843).

Bonn, den 17. Dezember 1971

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Frhr. v. Braun

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über die Erklärung des Ehwillens, das Heiratsmindestalter  
und die Registrierung von Eheschließungen**

Vom 10. Januar 1972

Die Regierung von Fidschi hat am 19. Juli 1971 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen erklärt, daß sie das Übereinkommen vom 10. Dezember 1962 über die Erklärung des Ehwillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 161) für sich als verbindlich betrachtet und den Vorbehalt und die Erklärungen bezüglich des schottischen Rechts und bezüglich Südrhodesiens zurückzieht, die von der Regierung des Vereinigten Königreichs gemacht wurden.

Die Regierung von Fidschi hat ferner erklärt, daß sie von folgendem ausgeht:

(Übersetzung)

- |   |   |
|---|---|
| <p>(a) paragraph 1 of Article 1, and the second sentence of Article 2, of the Convention are concerned with the entry into marriage under the laws of a State Party and not with the recognition under the laws of one State or territory of the validity of marriages contracted under the laws of another State or territory;</p> | <p>(a) Artikel 1 Abs. 1 und Artikel 2 Satz 2 des Übereinkommens befassen sich mit der Eheschließung nach den Gesetzen eines Vertragsstaats und nicht mit der Anerkennung der Gültigkeit von Ehen nach den Gesetzen eines Staates oder Hoheitsgebiets, die gemäß den Gesetzen eines anderen Staates oder Hoheitsgebiets geschlossen worden sind;</p> |
| <p>(b) paragraph 2 of Article 1 does not require legislative provision to be made where no such legislation already exists, for marriages to be contracted in the absence of one of the parties.</p>  | <p>(b) Artikel 1 Abs. 2 erfordert für Ehen, die in Abwesenheit eines der Verlobten geschlossen werden sollen, keine legislativen Bestimmungen, wo entsprechende Rechtsvorschriften noch nicht bestehen.</p>   |

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Februar 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 99).

Bonn, den 10. Januar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Frank

---

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.  
Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:  
Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden. Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 25,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,65 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1970 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 3 99 oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme. Preis dieser Ausgabe 0,65 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.